

Klima – eine Frage von Globaler Verantwortung und Citizenship / Climate—a Question of Global Responsibility and Citizenship

Ein einleitender Kommentar /
An Introductory Commentary

Hans Karl Peterlini, Jasmin Donlic

Wenn es eines letzten Nachweises bedurft hätte, dass die problematisch vereinfachende, in politischen Diskursen gleichwohl ungehemmt florierende Push-Pull-Theorie (vgl. Lee 1966; 1972) der Komplexität von Migration nicht gerecht wird, dann liegt dieser spätestens mit dem kaum entwirrbaren Zusammenhang von Klimawandel und Fluchtmigration vor. Die mit dem Push-Pull-Modell einhergehende „trennscharfe Unterscheidung zwischen freiwilligen und erzwungenen Migrationsprozessen“ (vgl. Klein 2022) erlaubt vielfache jene Diskurse, die Flucht und Migration dadurch zu steuern versuchen, dass die Push-Faktoren vorgeblich gutmeinend vermindert und die Pull-Faktoren zynisch verschlechtert werden. So erklärte erst am 31. März 2023 der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer, dass er die Sozialleistungen für Zugewanderte in den ersten fünf Jahren kürzen wolle, um Österreich nach dem Vorbild von Dänemark für geflüchtete Menschen „möglichst unattraktiv“ zu machen (ORF.at 2023). Von einer Politik, die verhindern will, dass Österreich ein „Zuwanderungsland ins Sozialsystem“ (ebd.) werde, ist es nur ein Schritt zum „Überforderungsnarrativ in Kombination mit dem Bedrohungsnarrativ“, das nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht mehr allein in den Reden von AfD-Abgeordneten im deutschen Bundestag dominiert (Klein 2022).

Push und Pull versagen als Erkenntniskategorien in Bezug auf den Zusammenhang von Klima, Klimawandel und Migration. Sie ermöglichen kein Abschieben von Verantwortung auf Herkunftsländer und entlarven jene Narrative als Selbsttäuschung, wonach es genügen würde, ungewünschte Menschen aus dem Globalen Süden fernzuhalten, um die eigene heile Welt zu schützen. Diese wird nicht von Migration bedroht, im Gegenteil, sondern von den bisher schadlos auf den Rest der Welt abgeladenen und nun wie ein Bumerang zurückkommenden Folgen imperialer Lebensweisen (vgl. Lesse- nich 2016; Brand/Wissen 2017). Zugleich werden an der durch die kritische Migrationsforschung längst vollzogenen Entzauberung des Push-Pull-Mo- dells auch herkömmliche Lösungsmodelle brüchig. Der Klimawandel lässt sich weder mit Interventionen im Sinne einer „Bleibeperspektive“ in den Griff kriegen noch mit verschärftem Grenzmanagement oder gar Zäu- nen, wie sie nicht mehr nur von rechtspopulistischen Regierungen (von der Trump-Regierung an der Grenze zu Mexiko, von der Orban-Regierung in Ungarn) zur Abhaltung von Menschen erwogen und teilweise durchgeführt wurden (vgl. Römhild et al. 2021).

Ein gleich anschauliches wie schwieriges Beispiel ist der im Zusammen- hang von Klima und Migration vielfach thematisierte Inselstaat Kiribati. In den rund 30 verstreuten Inseln im Südpazifik sind die Folgen des Klima- wandels, der in Europa noch an der Schneelage in den Skigebieten gemes- sen wird, auf existenzbedrohende Weise verdichtet. Die Inseln sind so klein, dass es praktisch gar kein Hinterland gibt, in das sich die Menschen ange- sichts des ansteigenden Meeresspiegels – seit Jahrzehnten um durchschnitt- lich 3,7 Millimeter pro Jahr – zurückziehen könnten. Das Leben findet hier überall an der Küste statt, da überall Küste ist. Die Inseln sind zunehmend heftigeren Sturmfluten ausgesetzt, die Süßwasserquellen drohen durch das Vorrücken des Meerwassers zu versalzen. Die Lebensbedingungen werden zunehmend schwieriger, der Lebensraum droht schlicht verlorenzugehen. Kiribati stellt einen Appell an eine Klima- und Migrationspolitik dar, die sol- che Szenarien nicht nur rhetorisch beschwört, sondern als Verpflichtung für globale Gerechtigkeit ernst nimmt. Ein Ansatz dazu könnte sein, Migration nicht länger losgelöst von Fragen einer Globalen Citizenship im Sinne eines globalen Daseinsrechts und globaler Verantwortung wahrzunehmen und geltend zu machen (vgl. Peterlini 2023: 184–190). Am Fall Kiribati greifen die in der Suche nach Anpassungsleistungen an den Klimawandel meist „sehr technisch geführten Debatten“ (Klepp 2013: 415) zu kurz. Nicht nur, dass die-

se Maßnahmen bei ansteigendem Meeresspiegel im Zusammenwirken mit den Verschlechterungen der Lebensbedingungen nicht ausreichen könnten; sie tragen vielfach dem Wissen, den Erfahrungen, Bedürfnissen und eigenen Bewältigungskompetenzen der indigenen Bevölkerung nicht Rechnung: „Die pazifischen Inselstaaten werden als marginalisiert, vulnerabel und entwicklungsbedürftig sowie als klein, arm und nicht entwickelbar konzeptualisiert“, fasst die Meeresforscherin Silja Klepp (ebd.: 416) ihre Einsichten zusammen. In solchen Zuschreibungen, die zugleich Schicksalshaftigkeit insinuieren, wirken koloniale Diskurse und epistemische Dominanzen weiter. Die alarmierenden medialen und politischen Narrative um die untergehenden Inseln tragen selbst dann, wenn sie gut gemeint sind, zu einer Narration der Aussichtslosigkeit und Hilflosigkeit bei, die global- und lokalpolitische Verantwortlichkeiten verschleiert. Die Situation dieser Inseln verlangt Antworten, die über punktuelle Interventionen und Hilfeleistungen hinausgehen. Sie nehmen zuallererst die Weltgemeinschaft – und da vor allem die industrialisierten Ökonomien – in eine globale Pflicht, bei der Reduktion von Emissionen von halbherzigen auf konsequente Maßnahmen umzuschalten, ein notwendiger politischer Paradigmenwechsel, der wohl vor allem deshalb gescheut wird, weil er nicht nur technische Implikationen hätte, sondern nach neuen Formen ökologisch verträglichen und global solidarischen Wirtschaftens verlangt. Damit hängt auch die unvermeidliche, aber weitgehend vermiedene Frage zusammen, wie schmerzhaft die Umstellungen der kapitalistischen Lebens- und Wirtschaftsformen sein müssen, um die viel tiefer klaffenden globalen Wunden vielleicht noch zu heilen.

Nicht minder tiefgreifend sind Fragen zum Verständnis von Migration, Citizenship, Partizipation und Demokratie. So erhob die Regierung Kiribatis schon vor Jahren die Forderung nach einem umfassenden Migrationsrecht für alle ihre Bürger*innen inklusive eines freien Zugangs zu Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten in den Orten ihrer Wahl. Die selbst in Kiribati nicht unumstrittene und verstörende Vorstellung, dass die Weltgemeinschaft auch geschlossene Siedlungsräume für die Bevölkerung lebensunwert gewordener Inseln und Landstriche zur Verfügung stellen müsse, stellt auf einer prinzipiellen Ebene das Recht auf eine Staatsbürger*innenschaft weltweit dar. Dies trifft sich durchaus mit der visionären Konzeption Edgar Morins der Erde als Heimatland aller (vgl. Morin/Kern 1999; Kramer/Wintersteiner 2021). Zugleich kann eine solche Forderung auch so gelesen werden, dass die Inseln und ihre Bevölkerung schon aufgegeben sind und nur noch Asylplätze

für die Klimaflüchtlinge gesucht werden müssen. Vorerst aber wird politisch überhaupt erst die Definition von „Klimaflüchtlingen“ debattiert; die Betroffenen fallen nicht einmal unter die Genfer Flüchtlingskonvention und können keinen Status als Geflüchtete geltend machen.

Die existenzielle Not der Atolle im Südpazifik kann mit einem Denken in Nord-Süd-Kategorien nicht beantwortet werden. Sie besagt, auf einen einfachen Nenner gebracht, nichts anderes, als dass die Lebensbedingungen auf dieser Erde keine national teilbare, sondern eine globale Verantwortung darstellen, und zwar nicht nur klimatisch, sondern auch ökonomisch, sozial, völker- und individualrechtlich. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung kann, im Sinne einer Global Citizenship, nicht von den dominanten Machtzentren aus gesteuert werden, sie muss einem fairen Aushandlungsprozess auf Augenhöhe anvertraut werden. Es genügt nicht mehr, und sei es in der Intention eines freilich hilflosen Helfens, über die bedrohten Gebiete zu reden, sondern es ist notwendig, sich mit den dort lebenden Menschen auseinanderzusetzen. Die gilt umso mehr für den machtvollen Diskurs von Migration als Anpassung, der in unterschiedlichen Nuancen auch in den Klimadebatten eine Rolle spielt. Lokale Anpassungsstrategien dienen vielfach dazu, sich nicht der globalen Tragweite stellen zu müssen und die Vulnerabilitäten, strukturellen Problematiken, Lebensnöte und Bewältigungskompetenzen der Menschen vor Ort zu relativieren.

Dass Fragen des Lebens und Überlebens danach entschieden werden, wer größere Macht, mehr Geld und potentere Waffen hat, stellt sich als Jahrhundertversagen der Industriestaaten heraus. Diese Selbstüberschätzung in einer Haltung der Bevormundung und Bereicherung ist gescheitert, denn mittlerweile ist niemand mehr sicher, auch jene nicht, die das Problem immer noch anderswo ausgelagert sehen wollen. Wie in einer innerstaatlichen Demokratie müssen auch global Machthabende dieselben Regeln einhalten wie alle Betroffenen und sich nicht über diese hinwegsetzen. Bei Fragen, die das Herz der Gemeinschaft und des Zusammenlebens betreffen wie etwa Verfassungsbestimmungen, gelten in soliden Demokratien besonders hohe Mehrheiten, um zu verhindern, dass einzelne Lobbys sich im Alleingang die Regeln richten können. In einer globalen Perspektive müsste das Vetorecht, das in den Vereinten Nationen nur die Supermächte haben, auf das kleinste Atoll übertragen werden, wenn es denn durch das Verhalten der anderen in seiner Existenz bedroht ist. In reifen und funktionierenden Demokratien, wie sie leider unter der Vorherrschaft von medialen und politischen Lobbys

zunehmend erodieren, können Gerichte auch große Entscheidungen stoppen, wenn diese das Recht eines einzelnen oder einzelner Gruppen verletzen.

Migration ist nicht ein Problem in Folge des Klimawandels und anderer Missstände dieser Welt, sondern eine Möglichkeit, die Probleme der Erde neu und besser zu verstehen als globale Verantwortlichkeit. Dieser Verantwortung kann sich, ganz nüchtern und gar nicht visionär, niemand entziehen. Sie bedarf der Mitsprache aller ohne höhere und geringere Verteilung von Rechten. Das ist weder Utopie noch Unmöglichkeit: Alles andere wäre vielmehr ein Festhalten an der dystopischen Verfasstheit unserer Gegenwart.

Global Citizenship bedeutet in diesem Sinne sowohl eine Definition personalen Existenzrechts und politischer Souveränität unabhängig von der Größe und Machtausstattung eines politischen Subjekts als auch eine Entnationalisierung von Recht und Zugehörigkeit. Menschen müssen, unabhängig davon, woher sie kommen und wohin sie gehen, überall auf dieser Welt ein Recht auf Dasein und Teilhabe haben. Eher als eine Utopie zu sein, entspricht eine solche Forderung jener „unmöglichen Möglichkeit“, die Derrida einfordert, nämlich „durch das Sprechen sich etwas ereignen zu lassen“ (Derrida 2003: 24).

Mit dieser Ausgabe des Jahrbuchs Migration und Gesellschaft möchten wir zu einem solchen Sprechen beitragen. Die umfassende Thematik lässt sich auf den Seiten eines Buches nur ansatzweise, an einzelnen theoretischen Zugriffen und konkreten Beispielen darstellen. Durch den Versuch, Klimaforschung aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven mit einer kritischen und reflexiven Migrationsforschung in einen Dialog zu bringen, treffen in diesem Band auch unterschiedliche Wissenschaftskulturen aufeinander, die – wie auch die Reviews da und dort zeigten – nicht immer ganz zueinander fanden; wir fanden es in einigen wenigen Fällen für wichtig, auch hier nicht „Anpassung“ einzufordern und auch unterschiedliche Verständnisse nebeneinander stehen zu lassen. Wir hoffen damit zu einem wissenschaftlichen Diskurs beizutragen, der aus der Thematisierung von Migration und Weltgesellschaft seine Impulse und Potenziale bezieht, um komplexe Zusammenhänge besser zu verstehen. Wir danken allen Autor*innen und Reviewer*innen, die zu diesem Jahrbuch beigetragen haben.

If final proof were needed that push-pull theory (cf. Lee 1966; 1972), which is problematically simplifying yet flourishes unchecked in political discourses, does not do justice to the complexity of migration, then this comes at the latest in the form of the almost unfathomable connection between climate change and refugee migration. The “sharp distinction between voluntary and forced migration processes” (cf. Klein 2022) that the push-pull model entails permits the existence of various discourses that attempt to control flight and migration by diminishing the push factors (supposedly with good intentions) and cynically lowering the pull factors. For example, as recently as March 31, 2023, the Austrian Chancellor Karl Nehammer declared that he wanted to cut social benefits for immigrants in the first five years in order to make Austria “as unattractive as possible” for refugees, following the example of Denmark (ORF.at 2023). From a policy designed to prevent Austria from becoming a “country of immigration into the social system” (ibid.), it is only a step to the “narrative of being overwhelmed combined with the narrative of threat” that, according to a study by the Friedrich Ebert Foundation, dominates more than just the speeches of right-wing AfD members of the German Bundestag (Klein 2022).

Push and pull fail as categories of knowledge with regard to the connection between climate, climate change and migration. They do not allow responsibility to be shifted to immigrants' countries of origin, and they expose as self-delusion those narratives claiming that to protect our own, unspoilt world, all we have to do is keep out unwanted people from the Global South. That unspoilt world is not threatened by migration: on the contrary, it is the consequences of imperialist ways of life that have so far been dumped without a care on the rest of the world and are now coming back like a boomerang (cf. Lessenich 2016; Brand & Wissen 2017). At the same time, the disillusionment with the push-pull model that has long since been accomplished by critical migration research also renders conventional solutions fragile. Climate change can neither be tackled with interventions such as offering immigrants a good chance of being granted leave to stay, nor with tightened border management or even fences to keep people out, as considered and sometimes implemented not only by right-wing populist governments (the Trump administration between the USA and Mexico, the Orban government in Hungary) (cf. Römhild et al. 2021).

An equally illustrative and difficult example is the island nation of Kiribati, which has been the subject of much discussion in connection with the

climate and migration. While the consequences of climate change are still measured in Europe in terms of snow levels in ski resorts, they are focused in a manner that threatens the very existence of the people in the 30 or so scattered islands in the South Pacific. The islands are so small that there is practically nowhere for people to retreat from sea levels that have been rising by an average of 3.7 millimeters per year for decades. Life here always takes place on the coast, because everywhere is coast. The islands are exposed to increasingly violent storm surges, and sources of fresh water are in danger of becoming saline as seawater advances. Living conditions are becoming increasingly difficult; people's habitat is threatening to simply vanish. Kiribati calls for a climate and migration policy that does not merely invoke such scenarios rhetorically, but takes them seriously as a commitment to global justice. One approach to this could be to stop viewing and treating migration as unrelated to the discussion on global citizenship, i.e. a global right to exist and global responsibility (cf. Peterlini 2023: 184–190). The usually “very technical” (Klepp 2013: 415) debates on finding ways to adapt to climate change fall short when it comes to Kiribati. It is not just that these measures might not be enough to tackle rising sea levels in combination with the deterioration of living conditions; often, they also do not take into account the indigenous population's own knowledge, experiences, needs and coping skills. As marine researcher Silja Klepp (*ibid.*: 416) puts it, summing up her insights, “Pacific island states are conceptualized as marginalized, vulnerable, and in need of development, as well as being small, poor, and incapable of development.” Labels of this kind, with their fatalist insinuations, show that colonial discourses and forms of epistemic dominance are still at work. Even when well-intentioned, the alarmist narratives in the media and politics surrounding the sinking islands contribute to a narrative of hopelessness and helplessness that obscures global and local political responsibilities. The situation of these islands raises questions that go beyond selective interventions and assistance. First and foremost, they oblige the whole global community—and above all the industrialized economies—to switch from half-hearted to consistent measures to reduce emissions. The main reason this necessary political paradigm shift is being shied away from is probably because it would not only have technical implications, but would also call for new forms of ecologically compatible economic activity based on global solidarity. Related to this is the unavoidable, but nonetheless widely avoided

question of how painful the changes have to be to capitalist lifestyles and economic systems for the much deeper global wounds perhaps to be healed.

Questions about how we understand migration, citizenship, participation and democracy are no less profound. Years ago, for example, the Kiribati government called for comprehensive migration rights for all its citizens, including free access to employment and education opportunities in the places of their choice. The notion that the global community must also provide separate settlement areas for the inhabitants of islands and areas that have become unliveable is controversial and disturbing even in Kiribati. On the level of principles, it means the right to global citizenship. This is in line with Edgar Morin's visionary conception of the earth as the homeland of all humanity (cf. Morin & Kern 1999; Kramer & Wintersteiner 2021). At the same time, this demand can also be read as meaning that the islands and their inhabitants have already been given up, and all that is left to do is to seek asylum for the climate refugees. For the time being, however, the political debate is about the very definition of "climate refugees"; the people affected do not even fall under the Geneva Refugee Convention and cannot claim a status as refugees.

The existential plight of the atolls in the South Pacific cannot be answered by thinking in terms of North and South. Narrowed down to a single common denominator, what it means is that responsibility for the living conditions on earth cannot be divided on a national level, but is global—in terms not only of the climate, but also of economics, social issues, international law and individual rights. In light of global citizenship, the exercising of that responsibility cannot be controlled from the dominant centers of power; it must involve a fair negotiation process on an equal footing. Talking about the endangered areas is no longer enough, even if it is with the intention of offering what is admittedly impotent help: the discussion has to be with the people living there. This is all the more true when it comes to the powerful discourse on migration as adaptation, various flavours of which also feature in debates on the climate. Local adaptation strategies are often used to avoid facing up to the global implications and to relativize the vulnerabilities, structural problems, hardships and coping skills of people on the ground.

The industrial nations' failure of the century turns out to be the fact that questions of life and death are being decided based on who has the most power, money and potent weapons. This overconfidence rooted in an attitude of paternalism and self-enrichment has failed: today, no-one is safe any

more, not even those who still insist that the problem lies elsewhere. Just like in national democracies, global wielders of power must abide by the same rules as everyone: they cannot disregard others. In stable democracies, when it comes to issues that affect the heart of the community and coexistence, such as constitutional law, particularly high majorities are needed to prevent individual lobby groups from making up rules single-handedly. In a global perspective, if the existence of a tiny atoll was threatened by others' behavior, it would have to be given the right of veto, which only the superpowers have in the United Nations. In mature, functioning democracies of the kind that are unfortunately increasingly crumbling under the domination of the media and political lobbies, courts can also stop major decisions if they violate the right of an individual or individual groups.

Migration is not a problem resulting from climate change and other ills in this world; it is an opportunity to gain a new, better understanding of the earth's problems as a global responsibility. It is far from visionary and entirely realistic to say that no-one can escape that responsibility. Everyone must join the discussion, without being allocated any more or fewer rights. This is neither utopian nor an impossibility. Anything else would rather be clinging to the dystopian constitution of our present.

As such, global citizenship is both a definition of our personal right to exist and of political sovereignty that does not depend on the size or power of the political subject. It also means the denationalization of laws, rights and belonging. Wherever people come from and go, they must have a right to exist and participate anywhere in the world. Rather than being a utopian dream, this demand is the "impossible possibility of saying the event" that Derrida calls for (Derrida 2003: 24).

With this issue of the Yearbook on Migration and Society, we would like to help say the event. This extensive subject matter can only be presented rudimentarily in the pages of a book, using individual theoretical approaches and concrete examples. The attempt in this volume to bring climate research from different scientific perspectives into dialogue with critical and reflective migration research also brought together different scientific cultures. As the reviews showed on occasion, those cultures did not always chime fully. In some cases, we found it important here, too, not to demand "adaptation," but to allow different understandings to exist side by side. We hope to contribute to an academic discourse whose inspiration and potential comes from addressing both migration and global society as a means of better un-

derstanding complex interrelations. We would like to thank all the authors and reviewers who have contributed to this yearbook:

Helga Kromp-Kolb:
Climate Change and its Challenges

In spite of technological progress and a globalized market, modern societies are not resilient to climate change. An increasing number of people will be forced to migrate due to heat, repeated droughts and floods or rising sea levels. Reducing greenhouse gas emissions to stabilise the climate is an extremely challenging task. The international commitments given at the Conferences of the Parties (COP) of the UN Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) are insufficient. The only advance made at COP 2022 was the introduction of a loss and damage fund to support those most affected by extreme events. Since its structures and funding are still uncertain, and the global South is increasingly frustrated by the broken promises of the global North, new mechanisms need to be found to meet the Paris climate goals.

Caroline Schmitt, Robel Afeworki Abay:
The Interplay of the Global Climate Crisis and Forced Migration. From the Imperial Mode of Living to Practices of Conviviality

This article highlights the complex interplay of the global climate crisis and processes of forced migration. In doing so, it rejects simplistic causal explanations and understands global forced migration in the wake of the climate crisis as a multifaceted undertaking that has its origins in the ‘imperial mode of living’ of the industrialized nations, the externalization of costs associated with it and worsening global inequalities. Based on these findings, this article embarks on a search for convivial practices that envision and seek to implement decolonial and sustainable forms of coexistence in a global society.

*Malith De Silva, Nishara Fernando, Pia Hollenbach,
Marco Krüger, Andrea Schmelz, Caroline Schmitt:
Climate Crisis, Global Migration, and Disaster Research.
Social Work as a Bridging Agent*

Man-made climate crises have devastating impacts on people's opportunities, capacities and long-term well-being. This article has the following key aims: (a) To provide insights into the nexus of the climate crisis, climate-induced disasters and forced migration, (b) to outline the role of key stakeholders of climate change adaptation and global governance strategies, (c) to showcase the role social work can play as a bridging agent between vulnerable people, disaster response and relief services, and the inter/national governance of disasters and relief and rehabilitation efforts, and (d) to introduce the international and inter-disciplinary network *Connect4Resilience*, formed in 2022 to facilitate, enhance and call attention to gaps in knowledge and practice that are relevant to social impacts of the climate crisis such as forced migration and displacement.

*Eva Mach, Mariam Traore Chazalnoël and Dina Ionesco:
Migration in a Changing Climate. What Role Can Migrants'
Remittances Play in Innovative Financing for the
Clean Energy Transition?*

The nexus between migration and energy is an emerging field of study in research and policy, but the lack of empirical evidence and academic research on the topic reduces policymakers' ability to develop and implement solutions to observed challenges. With that in mind, our paper seeks to ignite a debate on a specific dimension of migration policy—remittances—and its potential to finance the clean energy transition and help apply a market-based approach that can increase access to clean energy. Remittances have the potential to rewrite the rules of community project financing by putting migrant communities—both sending and receiving—at the center of the energy transition.

Benjamin Schraven:

Der Nexus zwischen Klimawandel und menschlicher Mobilität und seine besondere Relevanz für urbane Räume

Entgegen alarmistischer Befürchtungen, dass sich schon bald Millionen von „Klimaflüchtlingen“ auf den Weg in Richtung Europa machen werden, sprechen die Ergebnisse der Forschungsaktivitäten zum Klima-Mobilitäts-Nexus aus den letzten 20 Jahren für eine deutlich differenziertere Problemwahrnehmung: So beeinflusst der Klimawandel vor allem Prozesse landesinterner und intraregionaler Migration und Flucht im globalen Süden. Dabei kommt urbanen Gebieten eine besondere Rolle zu: Sie sind die Hauptziele für Migrierende und Geflüchtete, andererseits sind Städte aber auch selbst zunehmend von den negativen Folgen der globalen Erwärmung betroffen. Hinzu kommt, dass Mobilitätsdynamiken zwischen Land und Stadt in vielerlei Hinsicht höchst dynamisch sind und wohl auch bleiben werden. Eine entscheidende Grundlage zur besseren politischen Adressierung der daraus resultierenden Herausforderungen ist vor allem ein besseres Verständnis der überaus komplexen Dynamiken menschlicher Mobilität im Kontext des Klimawandels.

Horst Kanzian, Ingrid Huber:

Climate Change Games – Dem Klimawandel spielerisch be- und entgegen. Ein methodisch-strategischer Zugang für eine kooperative Klimabildung

Die Auswirkungen des fortschreitenden anthropogenen Klimawandels sind unüberseh- und spürbar. Für die Gesellschaft erwächst daraus das neue Handlungsfeld, gezielte Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimawandelanpassung umzusetzen, um die Folgen des Klimawandels einzudämmen bzw. zu minimieren. In diesem Zusammenhang sind auch Pädagog*innen in Schulen gefragt, die dazu angehalten sind, Klimabildung und -erziehung zu forcieren, damit bei Kindern und Jugendlichen ein klima- und umweltbewusstes Denken sowie Handeln resultiert. Dabei stellt sich lehrseits die Frage, mit welchen methodisch-strategischen Zugängen Kompetenzen im Bereich der Klimabildung nachhaltig aufgebaut bzw. erweitert werden können. Eine Möglichkeit besteht darin, kooperativ und projektorientiert sog. Climate Change Games – also Spiele zum Klimawandel und -schutz – im

Unterricht entwickeln zu lassen, die aus dem Gedankengut der Schüler*innen entspringen. Im entsprechenden Umsetzungssetting, dem kooperativen Lernfeld-Projekt, entstanden auf diese Weise kreative Lernspiele, die die Grundlagen, Ursachen, Zusammenhänge und/oder Auswirkungen des Klimawandels thematisieren und somit besonders bildungs- und handlungswirksam sind. In diesem Kontext sind vielfältige (Lern-) Erfahrungen entstanden, die – neben dem theoretischen Rahmen – in diesem Beitrag erörtert werden.

Brooke Wilmsen, Fazeela Ibrahim:

The Micropolitics of Climate-Related Planned Relocation in the Maldives. A Case for Multiple Im/mobility Pathways

Climate change adaptation scholars argue that planned relocation should be a last-resort response to climate change. Research, particularly from the perspective of those affected by these interventions, is still in its infancy. To address this gap, we present the findings of a study in 2021 investigating planned relocation on the island of Kolhufushi in the Maldives after the 2004 tsunami. Planned relocation was stalled for almost a decade by complex micropolitics, reaffirming the central role that local knowledge and im/mobility preferences play in producing socially acceptable responses to extreme weather events. Even within one small community, there are multiple im/mobility pathways.

Patrick Sakdapolrak, Harald Sterly:

Building Climate Resilience Through Migration in Thailand

Climate change is increasingly threatening human security, especially among vulnerable populations in the global South, and is influencing migration and mobility patterns. However, the relationship between environmental change and migration is more complex and multilayered than simple representations often suggest. Understanding the degree to which migration can contribute to adaptation requires a translocal and socially differentiated perspective. Taking examples from Thailand, we show the mechanisms driving and conditions surrounding this process.

Literatur/References

- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: Oekom 2017.
- Derrida, Jacques (2003): Eine gewisse unmögliche Möglichkeit, vom Ereignis zu sprechen. Berlin: Merve.
- Klein, Sebastian (2022): Wie das Parlament über Fluchtursachen redet. Themenportal Flucht, Migration, Integration: Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/artikel-seite-flucht-migration-integration/wie-das-parlament-ueber-fluchtursachen-redet> vom 31.03.2023.
- Klepp, Silja (2013): „Kleine Inselstaaten und die Klimabewegung: Der Fall Kiribati“, in: Matthias Dietz/Heiko Garrelts (Hg.), Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS, S. 413–428.
- Kramer, Gudrun/Wintersteiner, Werner (2021): „Heimatland Erde. Ein Aufruf für planetares Denken und Fühlen, Planen und Handeln.“, in: Werner Wintersteiner/Hans Karl Peterlini (Hg.), Die Welt neu denken lernen. Plädoyer für eine planetare Politik. Bielefeld: transcript, S. 205–209.
- Lee, Everett S. (1966): „A Theory of Migration“, in: Demography, 3(1), S. 47–57, <https://doi.org/10.2307/2060063>
- Lee, Everett S. (1972): „Eine Theorie der Wanderung“, in: György Széll (Hg.), Regionale Mobilität. Nymphenburger Verlag 1982, S. 117–129.
- Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin: Hanser.
- Morin, Edgar/Kern, Anne Brigitte (1999): Homeland Earth. New York: Hampton Press.
- Morin, Edgar/Kern, Anne Brigitte (1999): Heimatland Erde, Wien: Promedia.
- Peterlini, Hans Karl (2023): Learning Diversity. Wiesbaden: Springer VS.
- ORF.at (2023): Nehammer: Kürzung von Sozialleistungen „andiskutieren“, <https://orf.at/stories/3310903/> vom 31.03.2023.
- Römhild, Regina/Peterlini, Hans Karl/Danglmaier, Nadja/Donlic, Jasmin (2021): „The border as research space“, in: Hans Karl Peterlini/Jasmin Donlic (Hg.), Jahrbuch Migration und Gesellschaft – Yearbook Migration and Society 2020/2021 – „Beyond Borders“, Bielefeld: transcript, p. 13–26.